9.12.2019 - KNA

Appelle zum Tag der Menschenrechte: Schutz für Minderheiten

Bonn (KNA) Zum internationalen Tag der Menschenrechte am Dienstag fordern Initiativen einen bes-seren Schutz von Flüchtlingen, Religionsgemeinschaften und Frauen. So rief Amnesty International zum Schutz von religiösen Minderheiten auf. "Es ist wichtig, dass Regierungen ungeachtet der Mehr-heit der Glaubensgemeinschaft im eigenen Land für den Schutz von religiösen Gemeinschaften ein-treten", sagte der deutsche Generalsekretär Markus N. Beeko am Montag. Die Glaubensgemein-schaften selbst sollten gemeinsam auftreten. Die zunehmende Ausgrenzung auch religiöser Gruppen sei besorgniserregend.

Das katholische Hilfswerk missio München prangerte die Anti-Drogen-Politik auf den Philippinen als menschenverachtend an. "Das Morden muss aufhören", verlangte Präsident Wolfgang Huber. Unter Staatschef Rodrigo Duterte seien nach Schätzungen bis zu 27.000 Menschen bei Razzien wegen vermeintlicher Drogendelikte getötet worden.
Die UNO-Flüchtlingshilfe machte auf die prekäre Lage vieler Geflüchteter aufmerksam. Ihnen bleibe der Zugang zu grundlegenden Rechten verwehrt. "Sie werden wegen ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, der politischen Gesinnung oder sexueller Neigung verfolgt, bedroht oder diskriminiert", hieß es. "Menschenrechtsverletzungen werden tagtäglich, weltweit und millionenfach begangen. Wir dürfen uns damit nicht abfinden", so Geschäftsführer Peter Ruhenstroth-Bauer.

Das Päpstliche Missionswerk der Frauen forderte Verantwortungsträger in Politik, Kirche und Gesell-schaft auf, sich deutlicher für die Rechte von Frauen einzusetzen. "Auf jedem Kontinent gibt es Frau-en und Mädchen, denen das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit, Gleichheit und Bildung vorenthalten wird, auch bei uns in Europa", sagte Präsidentin Margret Dieckmann-Nardmann.

Die Kirchenvolksbewegung "Wir sind Kirche" erneuerte ihre Forderung nach der Umsetzung der Menschenrechte auch innerhalb der katholischen Kirche. "Der absolute Ausschluss der Frauen von Weiheämtern, das Heiratsverbot für Priester sowie die Forderung der Enthaltsamkeit an homosexuelle Menschen widersprechen in eklatanter Weise den individuellen Menschenrechten wie auch dem biblisch geprägten Menschenbild", so die Organisation.

Das Kinderhilfswerk terre des hommes wies auf die Situation der Bevölkerung in von der Weltöffent-lichkeit weitgehend vergessenen Krisen hin. "Es ist kein Zufall, dass viele Krisen und Konflikte kaum internationale Beachtung finden: Machthaber und Kriegsherren verhindern, dass Nachrichten nach außen dringen", betonte Vorstandssprecher Albert Recknagel. Die Pressefreiheit werde einge-schränkt, Menschenrechtler würden verhaftet und ermordet.

Deshalb würdigte Recknagel, dass der Weimarer Menschenrechtspreis am Montag an die Aktivistin Laila Fakhouri für ihren Einsatz um Anerkennung der Sahrauis in Marokko verliehen wurde. Damit werde "die Aufmerksamkeit auf den seit 40 Jahren ungelösten Konflikt in der Westsahara gelenkt".

Zuletzt geändert am 10.12.2019